

Familienpolitische Fragestellungen

Es gibt ein primäres **Elternrecht auf Erziehung**. Dies ist eine Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft. Wir beobachten mit Bestürzung, dass dieses Recht eingeschränkt wird und Erziehungsberechtigte zunehmend entmündigt werden.

NEOS: „Jedem Kind die Flügel heben“ ist eines der zentralen Leitmotive von NEOS. Denn Bildung ist Zukunft und der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit. Bildung beginnt nicht erst mit dem Schuleintritt eines Kindes, sondern viel früher: Das erforderliche und wichtigste Fundament legt die Familie, das Elternhaus. Kinderkrippen und Kindergärten fügen die nächsten Bausteine hinzu, die entscheidend sind für die weitere Entwicklung. Daher müssen wir umdenken und die frühkindliche Pädagogik viel stärker ins Zentrum stellen. Im Pflichtschulbereich gilt es soziale Benachteiligung und Chancenarmut bildungsferner Schichten dringend zu beenden.

- Wie stehen Sie zu Tendenzen, die Kindergartenpflicht auszuweiten?

NEOS: Rund um die Debatte bez. "Kindergartenpflicht für Vierjährige" gilt es zu beachten, dass Eltern nicht komplett bevormundet werden dürfen. Immerhin ist die Familie von zentraler Bedeutung für die frühkindliche Entwicklung. Hier gilt es also jedenfalls sensibel und konsensual vorzugehen. Wir begrüßen daher, dass Vierjährigen bei Tageseltern betreut werden können oder auch zuhause, sofern gewisse Bildungsaufgaben erfüllt werden und die Sprachstandsfeststellung keinen Förderbedarf ergeben hat.

Ein weiterer Ausbau macht zudem nur Sinn, wenn die Rahmenbedingungen in ausreichender Qualität vorhanden sind. Es ist jedoch evident, dass für viele Kinder ein Jahr viel zu kurz ist, um etwaigen Nachholbedarf ausgleichen zu können. Diese Maßnahme kann daher auch einen Beitrag leisten, um den Grundstein für eine gelungene Bildungslaufbahn zu legen und sollte vor allem Kindern zugute kommen, die sonst kaum Anreize für diese wichtigen Entwicklungsschritte erhalten.

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Eltern weiterhin primär für die Vermittlung von Werten auf dem Gebiet der Sexualerziehung und der Aufklärung zuständig bleiben? Wie soll diesbezüglich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern gestaltet werden?

NEOS: Wir bekennen uns klar zur Sexualerziehung als Unterrichtsziel, da nicht alle Eltern hier die notwendigen Grundlagen vermitteln können oder wollen. Wir sehen dies als dringend notwendige Maßnahme, auch zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften bei Jugendlichen und gegen die Verbreitung von sexuell übertragbaren Krankheiten. Es darf –insbesondere im Sinne der Schulautonomie – nicht Aufgabe der Politik sein, den Schulen zu vermittelnde Werte vorzugeben. Weder in der Sexualerziehung, noch in anderen Fächern.

Es ist Realität, dass sich Kinder und Jugendliche heutzutage verstärkt im Internet über Sexualität informieren. So entstehen viele Vorurteile und Fehlinformationen. Angesichts dessen halten wir es für wichtig, dass speziell ausgebildete Sexualpädagog_innen im Schutzraum der Schule

wissensbasiert Fakten vermitteln. Das ist auch im Sinne von Interdisziplinarität und Professionalität in der Schule.

- Wie stellen Sie sicher, dass Eltern, die ihre Kinder in einem großen Ausmaß zu Hause erziehen wollen, weiterhin diese Freiheit der Wahl haben (z.B. durch ausreichende Angebote an Halbtageschulen und einer flexiblen Nachmittagsbetreuung)

NEOS: Im Zentrum unseres Bildungskonzepts der „Autonomen Schule“ steht die volle pädagogische und organisatorische Freiheit der Schulen, die sich im Rahmen gemeinsamer Bildungsziele bewegt. In diesem Rahmen sollen auch die Unterrichtszeiten in die Autonomie der Schulen gestellt werden. Uns ist es wichtig, dass in einer Region pro Schulstufe mindestens ein ganztägiges Angebot zur Verfügung steht. Wir verwehren uns aber gegen eine zwangsweise Umstellung aller Schulen auf ganztägigen Unterricht. Darüber hinaus besteht in Österreich ja eine Unterrichtspflicht und keine Schulpflicht, was auch einen Heimunterricht ermöglicht. An dieser Regelung sehen wir keinen Änderungsbedarf.

Bildung ist ein zentrales Thema für die Zukunft unserer Kinder und der Gesellschaft.

- Schulkosten belasten das Haushaltsbudget vieler Familien. Wie wollen Sie verhindern, dass die Schulgeldfreiheit durch diverse auf die Eltern überwälzte Kosten (z.B. Schulerhaltung, Lehrmittel, Laptop,...) ausgehöhlt wird!

NEOS: Unsere Lösung ist: „Freie Schulwahl ohne Schulgeld.“ Schulen, die eine Finanzierung der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen, ist es untersagt, zusätzlich Schulgeld zu verlangen – wie etwa in den Niederlanden. Die Finanzierung richtet sich nach verschiedenen Kriterien, etwa dem Standort, und folgt dabei stets der Schülerin/dem Schüler, um auch soziale Benachteiligungen ausgleichen zu können. Eine Schule in privater Trägerschaft könnte auf die öffentliche Finanzierung komplett verzichten und Schulgeld verlangen.

Was die Kosten für zeitgemäße Ausstattung betrifft, sehen wir einen einfachen Weg: Wir wollen die horrenden Kosten für das politische System halbieren. Alleine in Wien ließen sich sofort durch eine Kürzung von Parteienförderung und Werbeausgaben jährlich 120 Mio. Euro für die Bildung einsparen. Damit könnte beispielsweise die Digitalisierung unserer Schulen (beispielhaft dargestellt durch einen Laptop für jedes Kind) finanziert werden, ohne jegliche Mehrbelastung der Eltern.

- Die pädagogische Qualität der vorschulischen Fremdbetreuung ist uns wichtiger als die Quantität der zur Verfügung gestellten Plätze. Wie stellen Sie sicher, dass auch in Kindergruppen die BetreuerInnen eine entsprechende pädagogische Ausbildung haben?

NEOS: Wien hat in den letzten Jahren enorm in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen investiert. Jetzt aber braucht es eine Qualitätsoffensive! Wir NEOS fordern daher entschlossene und große Schritte. Investitionen ins Bildungswesen nicht nur am dringendsten erforderlich, sondern nachweislich auch am wirksamsten. Im Kern benötigen wir einheitliche Qualitätsstandards für alle Kinderkrippen und Kindergärten mit einem wesentlich besseren Betreuungsschlüssel, eine Reform der Aus- und Weiterbildung der Pädagog_innen und einen positiven Zugang zum Thema Sprachförderung.

Während der Bund für die Grundausbildung der Elementarpädagog_innen verantwortlich ist, sorgen die Länder für deren Fort- und Weiterbildung - mit dem Ergebnis erheblicher regionaler Unterschiede. Statistisch betrachtet nimmt nur eine/r von drei BAKIP-Absolvent_innen tatsächlich eine Tätigkeit in einem Kindergarten oder einer Kinderkrippe auf. Das liegt vor allem daran, dass die Entscheidung für diesen fordernden Beruf in Österreich vorwiegend im Alter von 14 Jahren getroffen wird. Eine akademische Ausbildung findet derzeit in diesem Bereich keine Anerkennung. Nicht nur finanziell. Eine Aufwertung des Berufs im Sinne einer Anhebung auf universitäres Niveau wird deshalb seit Jahren diskutiert und ist in praktisch allen Ländern Europas schon längst selbstverständlich. Hier muss Österreich dringend nachziehen!

- Wie kann Ihrer Ansicht nach sichergestellt werden, dass Kinder bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen – unabhängig davon, ob sie zu Hause, in einem Kindergarten oder in einer Kindergruppe betreut wurden?

NEOS: Eine umfassende Sprachentwicklungsförderung für alle Kinder ist derzeit nicht die Regel. Für die Sprachförderung braucht es deshalb ein durchgängiges Konzept, das allen Bedürfnissen Rechnung trägt, eine entsprechende Ausbildung des Fachpersonals in allen Kindergruppen und eine Evaluierung der bestehenden Sprachförderungsmaßnahmen. Die Sprachentwicklung der Kinder soll ständig beobachtet und halbjährlich dokumentiert. Wesentliche Sprachbereiche sind dabei zum Beispiel:

Unterstützung der Muttersprache, Hinführen zu Deutsch als Bildungssprache – so wird Mehrsprachigkeit zur Chance! Diese Förderung soll allen Kindern offen stehen, in den Kindergartenalltag eingebettet sein.

Mehrsprachigkeit ist eine Bereicherung, keine Belastung. Wir fordern daher mehrsprachige Angebote bereits in Kindergärten und Kinderkrippen sowie individuelle Beratung und Förderung. Davon werden alle Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung profitieren. Auch die Erstsprache von Kindern mit Migrationshintergrund ist ein Schatz, der gehoben werden muss. Wer in der eigenen Umgangssprache lesen und schreiben gelernt hat, lernt schneller und besser Deutsch.

In unserer **demokratischen Willensbildung** sind Kinder und Jugendliche unterrepräsentiert und verlieren angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft an politischem Gewicht.

- Was halten Sie von der Einführung eines Kinderstimmrechtes (das für jüngere Kinder von den Eltern ausgeübt wird) auf kommunaler bzw. bundespolitischer Ebene? Werden Sie sich für die Einführung eines Kinderstimmrechtes nach Vorbild der Pfarrgemeinderatswahlen in der Erzdiözese Wien einsetzen?

NEOS: Wir teilen den Befund des Familienverbands, dass die junge Generation und deren Anliegen politisch unterrepräsentiert sind. NEOS sieht sich als Sprachrohr der Jungen und will sich insbesondere für deren Anliegen und für Generationengerechtigkeit einsetzen. Genauso halten wir das persönliche Wahlrecht aber für unantastbar, sodass für uns eine indirekte Stimmabgabe (z.B. durch Eltern, wie bei PGR-Wahlen in der ED Wien) nicht in Frage kommt.